



GdP fordert Personal für die Flächenpräsidien!

Die allermeisten Diskussionen um Problemstellungen bei der Polizei haben mit der Personalsituation zu tun und schlagen wie durch ein Brennglas betrachtet zu belastenden Zeiten deutlich bei uns auf.

Während „ereignisschwächerer Zeiten“, wie dies im ersten Jahr nach der Pandemie der Fall war, schwelen die Problemstellungen und kommen zu „ereignisstärkeren Zeiten“, wie wir sie im letzten Jahr erlebt haben und zunehmend erleben, deutlich zum Vorschein. Nachdem es uns im Rahmen der Koalitionsverhandlungen leider nicht gelungen war, alle drei Regierungsparteien davon zu überzeugen, bei mindestens 500 Neueinstellungen pro Jahr im Bereich der Anwärtinnen und Anwärter zu bleiben, erreichte uns im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2023/2024 das „Gerücht“, man wolle die Anwärterstellen sukzessive runterfahren, denn 10.000 Köpfe ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten seien ja 2024 erreicht. Die Forderung der GdP nach 10.000 Vollzeitstellen sei viel zu hoch gegriffen und vor dem Hintergrund, dass man ja nunmehr ca. 14.500 Polizeibeschäftigte in Summe habe – also so viel wie noch nie –, sei dies ja wohl auch nicht ernst gemeint. Nur, nach Auffassung der GdP ist das sehr wohl ernst gemeint und wir nehmen dabei die sich rasant veränderten Herausforderungen zum Anlass, uns vor dem Hintergrund des Personalbestandes der Flächenpräsidien mit den Zahlen genauer zu beschäftigen.

Höchststand Köpfe

Wir haben insgesamt einen hohen Personalstand in der Polizei; 14.500 Polizeibeschäftigte hatten wir in Summe noch nie. Die Zahlen müssen bei aller Freude hierüber jedoch genauer betrachtet werden, damit sie die Lebenswirklichkeiten all derer abbilden, wel-

Unsere Forderungen:

- Die GdP hält selbstbewusst an der Einstellung von 500 Anwärterinnen und Anwärtern fest
- Einstellung von Tarif- und Verwaltungsbeschäftigten zur Ermittlungsunterstützung
- Das jährliche Tarifbeschäftigtenprogramm erhöhen und konsequent besetzen

che alltäglich die Polizeiarbeit leisten und von den personellen Veränderungen kaum etwas mitbekommen. Insofern stehen hier die Flächenpräsidien im Fokus. Nicht, weil das LKA, die Hochschule der Polizei oder das PP ELT nicht auch sehr wichtig sind, sondern weil dort ganz überwiegend die Arbeit verrichtet wird, welche von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land ganz unmittelbar als „Bürgerpolizei“ sichtbar und wahrnehmbar ist. Selbstredend leisten alle Polizeibehörden hierzu im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten einen ganz wesentlichen Beitrag! Entlang der sog. Vollzeitanteile (VZÄ = Vollzeitäquivalente) betrachtet, hatten wir im Oktober 2018 insgesamt für alle fünf Präsidien 7.144 VZÄ. Wir bleiben bei der Berechnungsgrundlage VZÄ, weil es sich hierbei um die Zeitanteile handelt, die tatsächlich im Dienst sind. Und klar ist

für uns auch, dass nach jedem Versetzungstermin die Zahlen wieder runtergehen, da Versetzungen - und somit auch Verschiebungen von Planstellen - auch in die Polizeibehörden erfolgen müssen, die nicht Einstellungsbehörde sind, z. B. zum LKA oder auch den Spezialeinheiten. Zum Termin 1. Oktober 2019 waren es 7.190 VZÄ, zum 1. Oktober 2020 7.218 VZÄ und zum 1. Oktober 2021 7.313 VZÄ, alles inklusive Leerstellen. Der zögerliche Aufwuchs liegt in den hohen Ruhestandsabgängen begründet. Diese werden erst ab 2022 von ihrem hohen Niveau von über 350 (grob gemittelt) runtergehen. Fakt ist auch, dass die Zahl derer, die Elternzeiten in Anspruch nehmen, ansteigt. Auch die gänzlich abwesenden Kolleginnen und Kollegen nehmen zu: die sogenannten Leerstellen. Faktisch ist im Streifendienst und in den Kommissariaten kaum jemand dazugekommen, bei jedem Versetzungstermin muss dagegegehalten werden. Eine Stärkung der Kriminalpolizei lässt sich nur mit Mühe umsetzen. Um es mit den Worten unserer Landesvorsitzenden zu sagen: „Würden wir in jeder Dienstgruppe im Land mit zwei VZÄ mehr rechnen, um eine weitere Streife voll einsatzfähig verfügbar zu haben, dann kann sich jede und jeder selbst ausrechnen, wie viele VZÄ man bräuchte, um dies bei über 90 Dienststellen und bei je fünf Dienstgruppen zu ermöglichen.“ Aus dem geschäftsführenden Landesvorstand und dem Kreis der Bezirksgruppenvorsitzenden (welche sich in der Hauptsache für die Flächenpräsidien zuständig zeigen), gibt es hierzu deutliche und selbstbewusste Signale. Die hier dargestellten Überlegungen sind losgelöst von den personellen Bedürfnissen des PP ELT – insbesondere der Abteilung Bereitschaftspolizei –, des LKA und der dort zunehmend aufschlagenden Herausforderungen neuer Kriminalitätserrscheinungen und der HdP zu sehen, welche ebenfalls zukunfts- und innovationsfähig aufgestellt sein muss. Wer in der Gegenwart nicht den Mut aufbringt zu investieren, wird in der Zukunft verlieren! ■

Beispielhafte O-Töne, die bei uns ankamen: Ich sollte mich als „links“ oder „rechts“ einordnen!? (Man hält mich also für rechts und für so dämlich, dies auch noch kundzutun, wenn dem so wäre.)

„Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.“ (Was soll diese offensichtlich suggestive Frage hinsichtlich eines vermeintlichen Wunsches nach einem „Führer“? Eine unsägliche Frechheit!)

„Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden“ (Was soll diese offensichtlich suggestive Frage zu einem vermeintlichen Wunsch, vermeintliche Außenseiter zu traktieren?)

INTERVIEW PROF. DR. KAI ARZHEIMER, UNIVERSITÄT MAINZ

Hohe Beteiligung bei der Befragung trotz teils provokanter Fragen

DP: Herr Prof. Dr. Arzheimer, bei uns kamen Rückmeldungen an, dass einzelne Fragen des ersten Fragebogens zu INSIDER auf Unverständnis gestoßen sind. Wir möchten Sie hier bitten, den Leser:innen zu erklären, warum diese Fragen so gestellt wurden.

Prof. Dr. Arzheimer: Die allermeisten unserer Fragen wurden nicht eigens für die Polizei entwickelt, sondern stammen aus allgemeinen Bevölkerungsumfragen. Deshalb sind sie auch so einfach formuliert, dass manche von ihnen vielleicht etwas holzschnittartig klingen. Die Formulierungen sind aber über Jahre, teils sogar über Jahrzehnte hinweg validiert worden. Die allermeisten Fragen haben wir aus der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) übernommen. Dies ist eine große wissenschaftliche Befragung, die seit 1980 im Zwei-Jahres-Abstand durchgeführt wird. Dadurch können wir sehen, wie sich die Einstellungen in der Gesellschaft zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden und wie sie sich über die Zeit hinweg wandeln.

DP: Hätte es eine Alternative zu den Fragen analog dem ALLBUS gegeben?

Prof. Dr. Arzheimer: In unserem Teilprojekt geht es vor allem darum herauszufinden, ob und wie sich Einstellungen innerhalb der Polizei von denen der allgemeinen Bevölkerung unterscheiden. Deshalb müs-

sen wir der Polizei die gleichen Fragen vorlegen, die auch im ALLBUS zum Einsatz kommen. Sonst würde man uns zu Recht vorhalten, dass wir das Bild der Polizei in die eine oder in die andere Richtung verzerren. Wenn einzelne Kolleginnen und Kollegen das Gefühl hatten, wir würden ihnen mit der Frageformulierung eine bestimmte Meinung unterstellen wollen, ist das in der teils hitzigen Debatte über die Polizei und die Polizeistudien sicher nachvollziehbar, aber doch sehr schade und gar nicht in unserem Sinne: Wenn man so negativ auf eine der Formulierungen reagiert, sollte man einfach „lehne stark ab“ antworten – das ist ja gerade eine relevante Information.



Prof. Dr. Kai Arzheimer

Foto: Stefanie Loh

DP: Am Gedenktag der Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes am 31. Januar 2022 hat Bärbel Bas in der Gedenkstunde im Bundestag zur Einstellung von

Deutschen zu Juden in Deutschland angeführt, dass ein Drittel der Deutschen meint, dass die Juden vielleicht doch zu großen Einfluss in Deutschland haben. Eine Aussage fundiert auf der ALLBUS-Studie?

Prof. Dr. Arzheimer: Die Frageformulierung ist sicher die gleiche. Leider konnte ich aber nicht herausfinden, auf welche womöglich aktuelleren Daten sich die Bundestagspräsidentin stützt. Im ALLBUS 2018 lag die Zustimmung zu dieser Aussage bei elf Prozent. Der gleiche Wert wurde auch in der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2020 gemessen.

DP: Wie hoch war die Beteiligung bei der Studie und wie zufrieden sind Sie mit der Beteiligung?

Prof. Dr. Arzheimer: 48 Prozent der Polizeiangehörigen in Rheinland-Pfalz haben den Fragebogen bis zur letzten Seite durchgearbeitet, hinzu kommen noch mal etliche Kolleginnen und Kollegen, die mit der Beantwortung begonnen, aber nicht alle Fragen beantwortet haben. Selbst für eine „normale“ Mitarbeiterbefragung wäre das schon eine sehr ordentliche Beteiligungsquote, mit der man gut arbeiten kann. Dass trotz der extremen Belastung durch Corona und trotz der politischen Kontroversen um die Polizeistudie so viele mitgemacht haben, freut mich sehr. Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und allen innerhalb und außerhalb der Polizei, die unser Projekt unterstützen.

DP: Wie geht es nun weiter? Mit welchen Befragungen dürfen wir noch rechnen?

Prof. Dr. Arzheimer: In unserem Teilprojekt werden wir jetzt erst einmal die erhobenen Daten auswerten, systematisch mit den Bevölkerungsdaten vergleichen und uns vor allem auch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den beiden anderen Teilprojekten besprechen. Das arbeitspsychologische Projekt plant für dieses Jahr außerdem noch eine Befragung, in der es vor allem um die Zusammenarbeit in Teams gehen wird.

Weil wir wissen, dass die rheinland-pfälzische Polizei neben der großen Arbeitsbelastung momentan auch durch die Bundesstudie und interne Forschungsprojekte stark in Beschlag genommen ist, wird unser Teilprojekt erst im Frühsommer 2023 wieder eine Befragung durchführen. Dabei werden wir einen Teil der Fragen, die wir jetzt gestellt haben, wiederholen, um zu sehen, ob sich durch das Ende der Pandemie (auf das wir alle hoffen!) Einstellungen und Stress verändern. ■

„Auch heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß.“ (Eine super Frage, um vermeintlich jüdenfeindliche Einstellungen bei der Polizei aufzudecken und zu dokumentieren. Das kann doch wohl nicht ernst gemeint sein? Wieder eine Frechheit, mir solch eine Behauptung zwecks meiner Meinung vorzulegen!)

„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen daher nicht so recht zu uns.“ (Unsäglich, mir solch eine Behauptung ernsthaft zwecks meiner Meinung dazu vorzulegen!)

Die Vorsitzenden der regionalen Seniorengruppen

- Mainz: Ernst Scharbach
- Trier: Horst Zwank
- Westpfalz: Heinz Rahme
- Rheinpfalz: Gerd-Uwe Jakob
- Koblenz: Jürgen Kohl

Margarethe Relet hat alles im Griff



Foto: Christoph Hanschke

LANDESENIORKONFERENZ

Das Team Senioren ist startbereit

Josef Schumacher bleibt Landesvorsitzender und sorgt mit seiner Stellvertreterin Margarethe Relet und seinem Stellvertreter Heinz Werner Gabler für Kontinuität. Mit Helmut Knerr, Gerd-Uwe Jakob und Bernd Becker ergänzen drei Kollegen mit jahrzehntelanger Erfahrung das Team und übernehmen spezielle Aufgaben.

Mit den verabschiedeten Anträgen legen die Senioren Ziele und Leitplanken für die Mitgliederbetreuung der kommenden Jahre fest: Es geht um die Mitglieder, und das generationenübergreifend. Mit einer Resolution zum Thema „ENERGIEWENDE JA – ABER BEZAHLBAR“ mischen sich die erfahrenen Gewerkschafter in die Politik ein und mit einem Dringlichkeitsantrag zum Thema ABKOPPLUNG DER VERSORGUNG von der tariflichen Einkommensentwicklung üben die Seniorinnen und Senioren scharfe Kritik an der Landesregierung.

Ein dickes Dankeschön adressierte Margarethe Relet an die beiden ausschei-

denden Vorstandsmitglieder. Ernst Marx (links) und Heinz Rahm haben in den zurückliegenden Jahren insbesondere für die Durchführung der beliebten und stark

nachgefragten Seniorenseminare verantwortlich gezeichnet. „Ohne diese Seminare sollte niemand in den Ruhestand gehen“, erklärte Ernst Marx.

Während der Wahlzeit ist Horst Müller auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden. Heinz Werner Gabler hat seither die Lücke gefüllt. Er wird künftig mit einer „Beihilfe-Sprechstunde“ einen besonderen Service der Landes-GdP anbieten.

Die drei „Neulinge“ verfolgten die Konferenz zu Hause am Rechner: Helmut Knerr ist jetzt Schriftführer und Gerd-Uwe Jakob sein Vertreter. Bernd Becker wurde für die Öffentlichkeitsarbeit ins Team geholt.

Der Vorstand auf einen Blick

- Vorsitzender: Josef Schumacher
- Vizevorsitzende: Margarethe Relet
- Vizevors.: Heinz Werner Gabler
- Schriftführer: Helmut Knerr
- 2. Schriftführer: Gerd-Uwe Jakob
- ÖA & Medien: Bernd Becker



Ein Mann für die Technik, hinten Christoph Hanschke, und ein Mann für die Richtigkeit der Stimmen, der wiedergewählte Stellvertreter des Teams: Heinz Werner Gabler.



Fotos: Stefanie Loth

Ehre, wem Ehre gebührt: Ernst Marx und Heinz Rahm werden von Margarethe Relet verabschiedet. Vielen Dank für die Arbeit und die bestens organisierten Seminare.



Der alte und der neue Vorsitzende: Josef Schumacher



Sorgt für eine ordentliche Dokumentation: Helmut Knerr



Engagiert sich im neuen Vorstand für die Öffentlichkeitsarbeit: Bernd Becker



Bringt seine langjährige Erfahrung ein: Gerd Uwe Jakob

Lob und Dank der Landesvorsitzenden

Sabrina Kunz ließ sich ein Grußwort in Präsenz nicht nehmen und sparte nicht mit Lob und Dank an die Seniorengruppe:

„Es macht mich stolz, dass ihr mit euren über Jahrzehnte angesammelten Erfahrungen, Routinen und Erkenntnissen im Sinne unserer Mitglieder im Land aktiv Weichen für die Zukunft stellt.“

Zuvor ging sie ebenso nachdenklich wie klar und deutlich ein auf die schwierigen

Zeiten, die Rheinland-Pfalz insgesamt und damit auch Polizei und GdP hinter sich haben und aktuell noch bewältigen müssen. Bereits zu Konferenzbeginn hielten die 32 Delegierten einen Moment inne und gedachten der Toten im Ahrtal und der ermordeten Kollegin und des Kollegen. ■

Mehr Tarifpersonal in spezialisierte Verkehrsüberwachung

Interview mit der Verkehrsreferentin im MdI Jacqueline Schröder

DP: Liebe Frau Schröder, Sie schauen sich die Entwicklung im Unfallbereich genauestens an. Wo sehen Sie Schwerpunkte?

Schröder: Unser oberstes Ziel ist es, vor allem die Zahl schwerster Verkehrsunfälle zu vermeiden, also solche, bei denen Menschen sterben oder schwer verletzt werden. Dazu verpflichtet uns auch die sogenannte Vision Zero. Vision Zero verfolgt auf europäischer und nationaler Ebene langfristig das Ziel, die Zahl der Verkehrsunfalltoten bis 2050 nahezu auf null zu senken. An dieser Zielsetzung arbeiten wir in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit.

Um hierfür die geeigneten Maßnahmen zu entwickeln, gehen wir immer von der Verkehrsunfalllage aus. Diese hat sich in

den letzten Jahren leicht verbessert. Das heißt, dass wir seit 2017 für Rheinland-Pfalz weniger schwerste Verkehrsunfälle verzeichnen.

Damit das so bleibt, müssen wir auch weiterhin bei den häufigsten Unfallursachen und besonderen Risikogruppen ansetzen. Die Ursachen „Geschwindigkeit“ und „unzureichender Sicherheitsabstand“ werden genauso wie das Fahren unter Alkohol- und Drogeneinfluss weiterhin ein Schwerpunkt der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit sein. Mit Blick auf die verschiedenen Altersgruppen der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist es zunächst wichtig, unterschiedliche Schwerpunkte bei der Verkehrssicherheit zu setzen. Kinder müssen beispielsweise auf eine sichere Teilnahme im Straßen-

verkehr vorbereitet werden. Junge Fahrerinnen und Fahrer beispielsweise sind in Bezug auf ihren Bevölkerungsanteil überproportional oft an schweren Verkehrsunfällen beteiligt. Regelmäßig überschätzen sie sich selbst bzw. es fehlt ihnen einfach die nötige Fahrerfahrung, um Verkehrssituationen richtig einzuschätzen. Und bei der Generation 65+ ist es wichtig, den Schwerpunkt auf die Gewährleistung von Mobilität und sicherer Teilnahme am Straßenverkehr zu setzen, da immer mehr Menschen dieser Altersgruppe am Straßenverkehr teilnehmen.

DP: Gerade in Sachen Personal und Ausstattung hat sich in der Verkehrsüberwachung einiges geändert. Was waren die wichtigsten Schritte?



Schröder: Die erforderlichen Maßnahmen in der Verkehrssicherheitsarbeit benötigen ausreichend Personal und eine moderne Ausstattung. Hier haben wir in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam viel erreicht.

Mit der Fachkonzeption zum Personaleinsatz in der spezialisierten Verkehrsüberwachung haben wir den Personalbedarf für die Geschwindigkeits- und Abstandsüberwachung erstmals anhand der Anzahl zu bedienender Überwachungsgeräte festgelegt.

Ebenso ist festgelegt, dass der Anteil an Tarifbeschäftigten in der spezialisierten Verkehrsüberwachung in den kommenden Jahren schrittweise erhöht werden soll, um Polizeibeamtinnen und -beamte, z. B. im Rahmen von Ruhestandsversetzungen, aus eher vollzugsfremden Aufgaben herauszulösen und in anderen Bereichen, etwa in den Schwerverkehrskontrolltrupps oder in den Dienststellen, einzusetzen. Außerdem wollen wir mithilfe dieser Maßnahme in allen fünf Polizeipräsidien Fahndungseinheiten für Bundesautobahnen einrichten.

Auch in Sachen moderne Ausstattung konnten wir einiges erreichen. Ein Projekt des Innenministeriums hat sich mit der praktischen Erprobung einer neuen Generation teilstationärer Geschwindigkeitsmesssysteme befasst, die wesentlich flexibler einsetzbar sind als die bisherigen Geräte. Dabei war es wichtig, die Anwenderinnen und Anwender miteinzubeziehen und die Erfahrungswerte



Für alle Autobahnen in Rheinland-Pfalz sollen Fahndungseinheiten eingerichtet werden

derjenigen zu analysieren, die später mit den Geräten arbeiten. Geplant ist, die neuen Geräte noch in diesem Jahr zu beschaffen.

Die Fortschritte, die wir machen, sind das Ergebnis der engen Zusammenarbeit des Innenministeriums mit den Polizeibehörden und den Personalvertretungen; sie zeigen mir aber auch die Wertigkeit, die dem Verkehrsbereich zuteilwird.

DP: Digitale Fahrzeugspuren, überhaupt die Digitalisierung, macht vor den Fahrzeugen nicht halt, wie gehen wir als Polizei RLP damit um?

Schröder: Ja, die Entwicklungsdynamik im Bereich der Automobilindustrie ist ungebrochen hoch und schreitet stetig voran. Fahrzeuge werden mit immer mehr Technik ausgestattet und die damit einhergehende fortschreitende Digitalisierung führt zu einer großen Anzahl an Daten. Begleitet wird diese Entwicklung von dem Fortschritt des automatisierten und autonomen Fahrens, aber auch der Digitalisierung im Straßenraum. Perspektivisch wird das die zukünftige Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei erheblich beeinflussen. Das gilt vor allen Dingen für die Verkehrsunfallaufnahme.

Bereits jetzt ist in den meisten Fahrzeugen eine Vielzahl an Steuergeräten verbaut, die ununterbrochen Daten des Fahrzeugs speichern. Für die Analyse und Aufklärung von Verkehrsunfällen sind solche Daten, z. B. aus dem Event-Data-Recorder des Airbagsteuergeräts (EDR), von großem Nutzen. Die Sicherung digitaler Fahrzeugspuren ist deshalb eine wichtige und notwendige Fortentwicklung der klassischen Unfallaufnahme,

da Unfallhergänge und -ursachen noch präziser rekonstruiert werden können. Unter Umständen kann man anhand der Daten sogar nachvollziehen, ob vor dem Unfall ein verbotenes Kraftfahrzeugrennen stattgefunden hat.

Deshalb müssen wir uns mit dem Thema befassen. Wir haben im Land und im Bund viele fachkompetente Kolleginnen und Kollegen in diesem Themenfeld. Im Landeskriminalamt ist beispielsweise ein Single Point of Contact „Automotive IT“ eingerichtet. Letztlich werden wir uns mit den Fragen beschäftigen müssen, wie hoch der Bedarf an Spezialisierung für die Aufgabe der Verkehrsunfallaufnahme künftig sein wird, aber auch wie wir hier die zunehmende Digitalisierung zur Vereinfachung nutzen können.

DP: Gibt es mittlerweile ein Mittel zur Überwachung von Ablenkungsverstößen?

Schröder: Ja, das gibt es. Die Niederlande nutzen eine solche Technik. Studien belegen, dass die Ablenkung der Verkehrsteilnehmenden etwa durch verbotene Nutzung von Mobiltelefonen eine erhebliche Unfallursache darstellt.

Diese Erkenntnis berücksichtigen wir im Rahmen der polizeilichen Verkehrsüberwachung bereits. Bisher ist in Deutschland allerdings noch keine Technik im Einsatz, die eine automatisierte und damit personalressourcenfreundliche Überwachung ermöglicht. Daher haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich aktuell damit befasst, eine solche Technik zur automatisierten Überwachung von Ablenkungsverstößen zu erproben. ■



Verkehrsreferentin Jacqueline Schröder



Gewerkschaft der Polizei

Leidenschaft für mehr!

AUS DEM HPRP MÄRZ

Webshop 20 in Planung

Fortschreibung Rahmenkonzeption Geordnete- Rückkehr-Gesetz

Die alte Konzeption entstand hauptsächlich unter den Eindrücken der Flüchtlingssituation 2015. Hiernach waren Anpassungen erforderlich wie eine zentrale Koordination, die im PP Trier abgebildet ist. Und es werden die Bedarfe bezüglich Personal, Material (keine DEIG) der Ermittlungsgruppe Migration beschrieben ebenso wie die Aufgaben von Polizeibeamt:innen und Tarifbeschäftigten. Es geht um landesweite Standards.

Evaluation Zentralstelle für Gesundheitsmanagement

Unter der Leitung der PD`in Nicole Fricker wird die ZfG einer Prüfung unterzogen. Grob gesagt geht es darum zusammenzuführen, was in den letzten drei Jahren gemacht wurde, was zwischenzeitlich neu dazukam, wie z. B. die Coronaimpfungen, und was noch getan werden muss, um noch besser zu werden. Hier soll auch die Meinung derer abgefragt werden, die im Verhältnis zur ZfG als „Kunden“ auftreten.

Operative Fahndungseinheiten auf BAB

Der Bedarf an operativen Fahndungseinheiten auf den Bundesautobahnen ist durch die zentrale Lage von Rheinland-Pfalz offensichtlich und die Fachkonzeption beschreibt einheitlich die Ziele und Maßnah-

men dieser Einheiten. Bis 2025 sollen diese bei allen Präsidien geschaffen und bei den Zentralen Verkehrsdiensten angesiedelt werden.

Ersatzbeschaffung Bodycam

Die technische Leistungsbeschreibung einer neuen Bodycam wurde dem HPR vorgelegt. Enthalten sind alle mechanischen Eigenschaften, die gebraucht werden, ebenso wie Bedienbarkeit und Bildqualität. Erwähnt wird in der Ausschreibung für die mindestens 380 Geräte auch das Feature, dass beim Ziehen des DEIG oder der Schusswaffe eine Aufnahme automatisiert gestartet werden kann.

Auswahlverfahren Einstellung Polizeidienst

Die Bewerber:innen müssen vor Beginn des Studiums verschiedene Nachweise an die HdP übermitteln. Hier wird mit dieser Anpassung auf das Sportabzeichen (DAS Bronze) verzichtet, weil es praktisch keine Wirkung entfaltet.

INSIDER-Erhebung zum Teilprojekt „Gesellschaftliche und polizeiliche Erwartungen im Rahmen wechselseitiger Erfahrungen – Leitende (Be-) Wertungen und Handlungen“

Im Teilprojekt drei werden zum einen mit der Polizeivizepräsidentin und den Polizeivizepräsidenten intensive Expertenint-

erviews geführt sowie Kolleginnen und Kollegen des Wechselschichtdienstes zu Einzelinterviews und Gruppeninterviews eingeladen. Hierzu wird es eine Einladung geben, und die Multiplikator:innen auf den Dienststellen werden mit genauerem Wissen versorgt. Die Bereiche Tarifbeschäftigte, Bereitschaftspolizei und Kriminalpolizei werden später betrachtet.

Initiativantrag des HPR

Der Hauptpersonalrat hat die frühzeitige Befassung mit der 32. CoBelVo eingefordert und eine angemessene Übertragung auf den Bereich der Polizei beantragt. Grundlage ist aus Sicht des HPR die SARS-CoV-2-Arbeitschutzverordnung Corona vom 25. Juni 2021, die z.B. bezüglich der Maskentragpflicht eine Auswahl zwischen dem Tragen der OP-Maske und der FFP2-Maske zulässt.

Bericht zum Webshop

Eine Neuauflage des Webshop ist gerade in der Testung. Hier soll dann wieder nachvollzogen werden können, wie der Stand rund um die Bekleidung ist.

Sabrina Kunz (06131) 16-3365
René Klemmer (06131) 16-3378
Steffi Loth (06131) 16-3379
Sven Hummel (06131) 16-3380
Ingo Schütte (06313) 16-3233 o. 65-3030
Gabriele Schramm (06131) 16-3381 ■



**Gewerkschaft
der Polizei**
Rheinland-Pfalz

corporatebenefits
Ihre Mitarbeiterangebote

FROHE Ostern



<https://gdp-rlp.rahmenvereinbarungen.de>

Hier finden Sie eine Vielzahl an Ostergeschenken für die ganze Familie,
die sich garantiert nicht verstecken müssen!

Viel Freude beim Suchen und Shoppen.



MAC

cewe

L'OCCITANE
EN PROVENCE

hessnatur

BRAUN

SENNHEISER

flaconi
find your beauty everyday

home24

COFFEE
CIRCLE

adidas



JBL
HARMAN



tausendkind

1

Präsentationsplattform
aufsuchen

2

Einmalige Registrierung mittels
privater E-Mail-Adresse und dem
Registrierungscode.

3

attraktive Angebote
finden

Auch als
App
verfügbar





Safe the date: Dankeschöntag Ahrtal

am 12. Juni im Tierpark Rheinböllen,
Einladung kommt per Newsletter

Herzlichen Glückwunsch!

Unser Vorsitzender des Fachausschusses Gesundheit und Arbeitsschutz, Ewald Scheuer, wurde zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Länder (AGSV Länder) gewählt

Ein Blick in die Statistik der AGSV Länder ergibt, dass zwischen fünf und acht Prozent der Beschäftigten eine Behinderung haben. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist selbst bestimmte Teilhabe am Arbeitsleben zu erhalten und die Inklusion der Beschäftigten zu fördern. ■



Startbereit für die neuen Aufgaben: Ewald Scheuer



Buchtip: Ein Leben – zwei Karrieren

Ein Buch über den Engenser Kripobeamten Rudolf Schmücker, der in der Kriegszeit bei den Sonder- und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in Russland und Weißrussland tätig war und nach dem Krieg zum stellvertretenden Leiter des LKA RLP aufstieg.

DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de